



Straßburg ist der offizielle Sitz des Europäischen Parlaments. Doch nur eine Woche pro Monat halten sich die 785 Abgeordneten in der Elsass-Metropole auf.

Denn in Brüssel haben sie ihren zweiten Dienort. Kritiker sagen: Die Wanderschaft ist zu teuer und belastet die Umwelt. Befürworter der zwei Standorte pochen auf ein Maximum an Unabhängigkeit.

Pendelndes Parlament sorgt permanent für Protest

Mayer (CDU): Zwei Standorte sind sinnvoll / FDP, SPD und Grüne: Alleiniger Sitz reicht völlig aus – Brüssel ist beste Lösung

Von Giorgio Tzimurtas

Pendeln gehört zum Job eines Volksvertreters. Parlamentsarbeit und Präsenz im Wahlkreis – beides ist Pflichtprogramm. So verhält es sich auch für die EU-Abgeordneten. In ihrer Politikerexistenz kommt allerdings ein weiterer Fixpunkt hinzu. Denn das Europäische Parlament hat zwei Dienorte: in Straßburg und in Brüssel.

Über Sinn oder Unsinn dieser Aufteilung streiten die EU-Parlamentarier seit Jahrzehnten. „Der Reisezirkus ist teuer und unnötig. 200 Millionen Euro – finanziert aus Steuergeldern – werden dafür pro Jahr verschleudert“, schimpft etwa Silvana Koch-Mehrin, stellvertretende Vorsitzende der Liberalen-Fraktion (ALDE) im Europäischen Parlament. Die von ihr ins Feld geführte Summe entstammt einem Bericht der Parlamentsverwaltung. Angesichts der Kosten steht für die FDP-Politikerin fest: „Brüssel als Standort reicht: Infrastruktur und ein enger Kontakt zu den anderen EU-Institutionen sind gewährleistet.“

In der belgischen Hauptstadt halten die 785 Volksvertreter der 27 EU-Mitgliedsländer vor allem ihre Fraktions- und Ausschusssitzungen ab. Schauplatz der wichtigen Debatten und Abstimmungen im großen Plenum aber ist für knapp eine Woche pro Monat Straßburg. Die französische Elsass-Metropole ist zugleich der offizielle Sitz des Europäischen Parlaments.

Auch der SPD-Abgeordnete Matthias Groote plädiert: „Es sollte nur einen Standort geben“. Brüssel sei die pragmatische Lösung, weil dort die Kommission und der Rat angesiedelt sind. Ebenso argumentiert Rebecca Harms,

stellvertretende Fraktionschefin der Grünen. Von einem alleinigen Sitz in Brüssel verspricht sie sich, „dass die Effizienz besser wird.“

Ganz anders sieht dies der Vechtaer EU-Abgeordnete Hans-Peter Mayer (CDU/EVP). Brüssel biete zwar den bedeutenden Vorzug, direkte Gespräche mit Vertretern von Kommission und Rat zu führen. Das sei vor allem für die informellen Dialoge sehr wichtig, sagt Mayer. Doch das Szenario eines einzigen Sitzes in Brüssel lehnt er strikt ab. „Ich bin fest davon überzeugt, dass bei einer dauerhaften räumlichen Nähe zur Kommission und zum Rat die Unabhängigkeit des Parlaments eingeschränkt wäre.“

In Straßburg, berichtet Mayer, gebe es wesentlich weniger Versuche der Einflussnahme. Für Schlussbesprechungen und Abstimmungen über Gesetze sei die Straßburger Ruhe ein herausragender Vorteil. Deshalb betont Mayer: „Ich bin für die Beibehaltung beider Standorte.“ Mit Blick auf die

Reisekosten der Parlamentarier stellt Mayer heraus, dass sie schließlich ohnehin anfallen – gleichgültig, ob die Abgeordneten montags von ihren Heimatwahlkreisen nach Straßburg oder nach Brüssel reisen. Mayer zweifelt deshalb an der korrekten Zusammensetzung der Gesamtkosten-Summe von 200 Millionen Euro für das wandernde Parlament.

Einen erheblichen Teil der Ausgaben verschlingt der Transport der Unterlagen zwischen Brüssel und Straßburg. Ein hauseigener Umzugsdienst mit 30 Festangestellten sorgt samt eines Subunternehmers mit 35 Mitarbeitern dafür, dass alles pünktlich an Ort und Stelle ist. Die Packer stapeln 2800 Kleincontainer in neun Lkw, fahren die 500 Kilometer nach Straßburg. Dort la-



Umzug mit Akten-Kisten: Ein spezieller Dienst des Europäischen Parlaments sorgt samt Subunternehmer dafür, dass einmal im Monat 2800 Klein-Container von Brüssel nach Straßburg gebracht werden – nach knapp einer Woche geht alles wieder zurück. Foto: dpa

den sie die 80 mal 44 mal 34 Zentimeter großen Kisten aus, stellen sie vor den Abgeordnetenbüros ab. Am Wochenende nach den Straßburg-Sitzungen rollt der Rücktransport Richtung Brüssel über die Autobahn.

Zudem findet Monat für Monat eine weitere Sattelschlepperladung mit 400 Kisten ihren Weg nach Straßburg – aus Luxemburg. Denn dort ist das dritte Standbein des Europäischen Parlaments: der Sitz der Verwaltung.

Mayer schätzt: „Nicht einmal die Hälfte der Abgeordneten braucht die Akten-Kisten“. Im Zeitalter von Computernetzwerken und Multimedia sei der aufwändige Transport der Unterlagen überflüssig. Er selbst lege höchstens fünf Zentimeter hohe Papierstapel in die Boxen. Der Rest des Volumens würde durch Präsentbeutel für die Besucher-

gruppen gefüllt. Auch Groote sagt: „Wir haben Zugriff auf alle wichtigen Datenbanken.“ Die Zeit der notwendigerweise mitreisenden Aktenberge sei seit zehn Jahren vorbei. Mayer schlägt deshalb vor: „Wer die Kisten wirklich benötigt, sollte sie markieren.“ Das sei eine Möglichkeit, um Kosten zu sparen.

Koch-Mehrin:
„200 Millionen Euro werden verschleudert“

Kritiker des Pendelverkehrs zwischen beiden Polen des Parlaments führen nicht zuletzt auch den Faktor Klimaschutz an. Abgesehen von den Lastern mit den Akten-Containern, sei es ein mehrere tausend Personen starker Tross, der den monatlichen Umzug mitmache. Neben

den Abgeordneten seien auch Journalisten, Lobbyisten, Diplomaten sowie Mitarbeiter von Parlament, Kommission und Rat unterwegs. „Jedes Jahr werden 18 900 Tonnen Kohlendioxid durch den Doppelsitz verursacht“, empört sich die Freidemokratin Koch-Mehrin. Sie verweist auf eine im April 2007 veröffentlichte Studie, die von zwei Grünen-Abgeordneten in Auftrag gegeben wurde.

Koch-Mehrin Fraktionskollege Alexander Alvaro ist Initiator der Kampagne „one seat“ (Ein Sitz), die EU-Bürgern im Internet (www.oneseat.eu) ein Votum für den Standort Brüssel ermöglicht. Aktuell haben 1 252 366 Menschen die Petition unterzeichnet. Die Grünen-Fraktion hat zudem mit einer Resolution für Brüssel ein Zeichen gesetzt. Das erhoffte Resultat beider Protest-Aktionen

blieb allerdings aus: Weder die Kommission noch der Rat reagierten. Und auch eine Plenardebatte im Parlament blieb bislang aus. Obwohl sich 89 Prozent der Parlamentarier in einer Umfrage im Juni 2007 für einen Sitz aussprachen – 18 Prozent davon allerdings für Straßburg.

Die Standortfrage ist ein politisch hochsensibles Thema. Harms: „Das Problem ist, dass die Sitze des Europäischen Parlaments in den Grundlagenverträgen der EU verankert sind.“ Über eine Änderung kann nur der Europäische Rat, also die Staats- und Regierungschefs der EU, entscheiden. Und zwar einstimmig.

Für Frankreich ist ein Abrücken von Straßburg als offiziellem Parlamentsitz völlig indiskutabel. Erst vor zehn Jahren lieferte der damalige Präsident Jacques Chirac hierfür eine klare Demonstration ab: Er eröffnete an der Ill ein neues Parlamentsgebäude. Der imposante Rundbau mit der blau-grau schimmernden Glas- und Metallfassade kostete 500 Millionen Euro.

Für die Stadt Straßburg ist der Sitz des Europäischen Parlaments ein erheblicher Wirtschaftsfaktor. Doch es geht auch um die hohe Symbolkraft des Ortes: Straßburg steht für die deutsch-französische Aussöhnung, für die europäische Einigung, für Frieden und Menschenrechte.

Außerdem: „Jedes Mitgliedsland will ein Stück EU“, sagt der CDU-Abgeordnete Mayer. So sei in Frankfurt am Main die Europäische Zentralbank (EZB) angesiedelt – eine der wichtigsten EU-Institutionen. Ebenso seien die über 30 Außenämter der Gemeinschaft auf die einzelnen EU-Staaten verteilt.

„Die Vorstellung, dass alle diese Einrichtungen in Brüssel wären, ist entsetzlich“, erklärt Mayer. Denn in solch einem Fall stünden sie komplett „unter der Fuchtel der Kommission“. Eine derartige Zentralisierung und Machtfülle sei nicht hinnehmbar. Deshalb ist Straßburg für den Vechtaer Abgeordneten ganz grundsätzlich auch „das Symbol der Unabhängigkeit des Europäischen Parlaments“.



Protestaktion der FDP-Abgeordneten. In Straßburg demonstrierten Silvana Koch-Mehrin (vorne) und ihre Fraktionskollegen vor dem Parlamentsgebäude für einen alleinigen Sitz in Brüssel.



Dienort Nummer zwei: Das Gebäude des Europäischen Parlaments in Brüssel. Hier finden die Fraktions- und Ausschusssitzungen statt. Foto: ddp



Der dritte Sitz des Europäischen Parlaments befindet sich in Luxemburg: Hier ist im Konrad-Adenauer-Gebäude die Verwaltung untergebracht. Foto: dpa